



Smarte Zukunft

Künstliche Intelligenz. Ob in der Medizindiagnostik oder der Produktionssteuerung – künstliche Intelligenz prägt unsere Wirtschaft mehr und mehr. Dies zeigt auch der vom Institut der deutschen Wirtschaft erstellte KI-Monitor. Demnach setzen die Unternehmen in Deutschland zunehmend KI-Technologie ein. Die Rahmenbedingungen für KI sind allerdings noch verbesserungswürdig – wo genau Handlungsbedarf besteht, erläutern die IW-Ökonomen Vera Demary und Henry Goecke im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-5](#)

China

Die Stärke vieler chinesischer Unternehmen beruht auf zahlreichen Wettbewerbsverzerrungen. Europa muss dieser Strategie mehr entgegensetzen.

—> [Seiten 8-10](#)

Mehrwertsteuer

Die Senkung der Mehrwertsteuersätze soll den vom Lock-down geschwächten Konsum ankurbeln. Auch wenn die Maßnahme ein Erfolg wird, sollte sie befristet bleiben.

—> [Seite 11](#)

Den Weg freier machen

Künstliche Intelligenz. Die Technologie der künstlichen Intelligenz birgt enormes wirtschaftliches Potenzial – und der neu vom Institut der deutschen Wirtschaft entwickelte KI-Monitor zeigt, dass die deutsche Wirtschaft diese Chancen auch zunehmend ergreift. Allerdings sind die Rahmenbedingungen für KI noch verbesserungsfähig.

Auch wenn die deutsche Wirtschaft derzeit vor allem damit beschäftigt ist, so gut wie möglich durch die Corona-Krise zu kommen, bleiben längerfristige Entwicklungen relevant. Ein wichtiger Zukunftstrend ist die zunehmende Bedeutung der künstlichen Intelligenz (KI). Schon heute unterstützen KI-Assistenzsysteme die Autofahrer, Mediziner nutzen KI bei der Diagnostik und in der Industrie ermöglicht KI unter anderem eine vorausschauende Wartung von Produktionsanlagen. Für die kommenden Jahre gehen Experten davon aus, dass KI die Arbeitswelt und die Gesellschaft noch stärker prägen

wird und allein von 2019 bis 2025 das Bruttoinlandsprodukt um 13 Prozent steigern könnte.

Um über die aktuellen Anwendungsbeispiele hinaus erfassen zu können, wie es um die Verbreitung von KI in Deutschland steht, hat das Institut der deutschen Wirtschaft im Rahmen einer Studie für den Bundesverband Digitale Wirtschaft einen KI-Index ausgearbeitet. Er zeigt einen deutlich positiven Trend (Grafik Seite 3 oben):

Ausgehend vom Basiswert 100 im vergangenen Jahr hat sich der KI-Index 2020 um fast 8 Punkte verbessert.

Dieser Anstieg ist vor allem auf die Wirtschaft – eine der drei Kategorien, die mit insgesamt 14 Indikatoren in den Index einfließen – zurückzuführen. Nachdem im Frühjahr 2019 nur gut 10 Prozent der Industrieunternehmen und der industrienahen Dienstleister in Deutschland KI-Techniken einsetzten, waren es im Frühjahr 2020 immerhin fast 13 Prozent. Und die Zeichen stehen gut, dass dieser Anteil künftig weiter steigt, denn die Betriebe bewerten KI überwiegend positiv (Grafik Seite 3 unten):

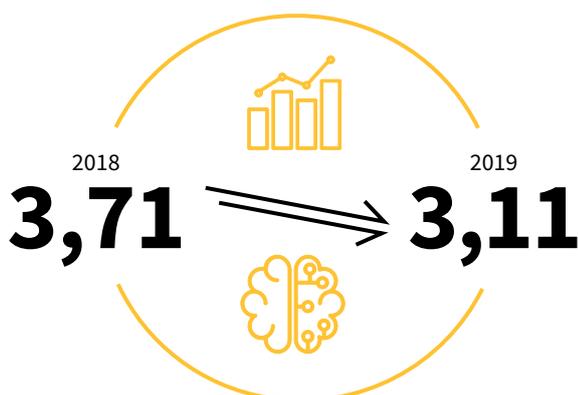
Im Frühjahr 2020 stuften gut 61 Prozent der befragten Unternehmen die Bedeutung der künstlichen Intelligenz für die deutsche Volkswirtschaft auf einer Skala von 0 (maximales Risiko) bis 100 (maximale Chance) bei mindestens 60 Punkten ein.

Für die Industriefirmen und die industrienahen Dienstleister in Deutschland sind demnach mit der Technologie eher Chancen als Risiken verbunden.

Zur Verbesserung des KI-Index hat auch beigetragen, dass ein zunehmender Anteil der in Deutschland angemeldeten Patente einen KI-Bezug hat. Außerdem suchen immer mehr Unternehmen Mitarbeiter mit KI-Kompetenzen – wie zum Beispiel Big-Data-Experten.

KI: Weniger Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft

So viel Prozent aller wissenschaftlichen Publikationen in Deutschland zum Thema künstliche Intelligenz sind im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen Forschung und Unternehmen entstanden



KI-Index: Deutlicher Anstieg

Der KI-Index misst den Status quo und die Entwicklung der künstlichen Intelligenz in Deutschland anhand von 14 Indikatoren in den Kategorien Rahmenbedingungen, Wirtschaft und Gesellschaft, 2019 = 100



Rahmenbedingungen: u. a. Breitbandinfrastruktur und Informatikabsolventen; Gesellschaft: u. a. Bekanntheit des KI-Begriffs

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

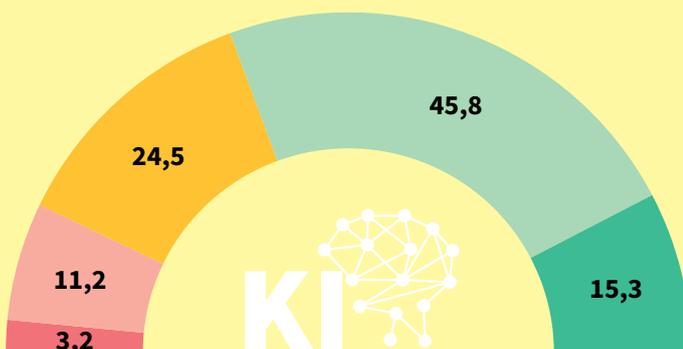
iwd

Damit das Potenzial von KI in Deutschland gehoben werden kann, ist es wichtig, dass die Gesellschaft die Technologie und die darauf basierenden Anwendungen kennt und akzeptiert. Auch hier zeigt der KI-Index einen positiven Trend. So ist der Anteil der über 14-jährigen Bundesbürger, die angeben, den Begriff KI erklären zu können, innerhalb eines Jahres von 52 auf 61 Prozent gestiegen. Und in den sozialen Medien wie Twitter werden Diskussionen zum Thema KI insgesamt in einer eher wohlwollenden Tonlage geführt.

KI: Unternehmen sehen mehr Chancen als Risiken

So viel Prozent der Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleister in Deutschland schätzen die Bedeutung von künstlicher Intelligenz für die deutsche Volkswirtschaft auf einer Skala von 0 (maximales Risiko) bis 100 (maximale Chance) wie folgt ein

■ 0 bis 20 ■ 20 bis 40 ■ 40 bis 60 ■ 60 bis 80 ■ 80 bis 100



Befragung von 776 Unternehmen im Frühjahr 2020

Quelle: IW-Zukunftspanel
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Leicht negativ beeinflusst wird der KI-Index lediglich von der Kategorie Rahmenbedingungen. Dies gilt jedoch keineswegs für alle Indikatoren in diesem Bereich. So hat sich die für KI-Anwendungen wichtige digitale Infrastruktur zuletzt deutlich verbessert:

Der Anteil der Haushalte in Deutschland, für die Breitbandinternet mit einer Geschwindigkeit von mindestens 100 Megabit pro Sekunde verfügbar ist, ist von 66 Prozent Mitte 2018 auf fast 82 Prozent ein Jahr später gestiegen.

Vorteilhaft – vor allem für die Unternehmen – ist auch, dass sich die Zahl der Informatikabsolventen an deutschen Hochschulen zuletzt auf mehr als 27.000 erhöht hat.

Deutlich negativ macht sich im KI-Index dagegen bemerkbar, dass Wissenschaft und Wirtschaft in jüngster Zeit offenbar weniger miteinander kooperieren (Grafik Seite 2):

Der Anteil wissenschaftlicher Publikationen zum Thema KI, die im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen universitärer Forschung und Unternehmen entstanden sind, hat sich von 2018 auf 2019 um 0,6 Prozentpunkte auf 3,1 Prozent verringert.

Gerade der Know-how-Transfer von den Hochschulen in die Unternehmen ist aber wichtig, damit die Wirtschaft von den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen in Sachen KI profitieren kann.

IW-Gutachten

Vera Demary et al: KI-Monitor 2020 – Status quo der Künstlichen Intelligenz in Deutschland, Gutachten im Auftrag des Bundesverbands Digitale Wirtschaft (BVDW) e. V.
iwkoeln.de/ki-monitor

Interview. Die Vorteile der künstlichen Intelligenz könnten in Deutschland stärker genutzt werden. Die IW-Ökonomen **Vera Demary** und **Henry Goecke** erläutern im Interview, an welchen Stellschrauben dafür gedreht werden muss und wie sich die Akzeptanz von KI in der Bevölkerung noch vergrößern lässt.

„Ohne eine gute Datenorganisation läuft nichts“

Künstliche Intelligenz ist für viele Menschen immer noch ein eher abstrakter Begriff. Wie würden Sie ihn anschaulich erklären?

Demary: Es geht um intelligente Programme und Maschinen, die auf der Basis von Daten selbstständig Entscheidungen treffen und daraufhin Handlungen ausführen können. Um mal ein ganz anschauliches Beispiel zu geben: In der Keksherstellung erkennt eine KI in der Produktionsanlage selbstständig kaputte Doppelkekse – und steigert so die Effizienz.

Gibt es herausragende KI-Anwendungen, die in Deutschland entwickelt wurden?

Demary: Ein klares Vorzeigeprojekt ist das Programm „DeepL“ – es wurde von einem Kölner Start-up entwickelt und kann Texte in 67 Sprachen ausgesprochen zuverlässig übersetzen.

Laut KI-Monitor bewerten die Unternehmen hierzulande die KI-Technologie meist positiv,

nutzen sie aber relativ selten. Welche Rahmenbedingungen müssen sich ändern, damit die Zahl der KI-Nutzer steigt?

Goecke: Grundsätzlich schätzen die von uns befragten Unternehmen KI vor allem mit Blick auf den volkswirtschaftlichen Nutzen positiv ein. Geht es um den Einsatz von KI im eigenen Betrieb, werden allerdings eher die Risiken betont. Es gilt also, den Unternehmen zu vermitteln, welche Vorteile sie aus KI-Anwendungen ziehen können. Dies funktioniert am besten über Leuchtturmprojekte, deren Nutzen allseits klar erkennbar ist.

Demary: Es gibt ja bereits Kompetenzzentren für den Mittelstand, wo KI-Trainer zur Verfügung stehen. Diese öffentlich geförderten Beratungen werden zurzeit allerdings noch zu wenig nachgefragt.

Wie sieht es denn mit der technischen und personellen Basis aus?

Demary: Zu den ganz grundsätzlichen Voraussetzungen für viele

KI-Anwendungen gehört schnelles Internet – und hier gibt es gerade im ländlichen Raum noch Nachholbedarf. Darüber hinaus brauchen die Unternehmen auch die notwendigen Kompetenzen für KI. Sie können natürlich externe Dienstleister beauftragen, KI-Anwendungen zu entwickeln. Wollen sie dies aber selbst tun, müssen sie qualifiziertes Personal einstellen. Und entsprechende Fachkräfte sind nun mal knapp.

An welchen Stellschrauben können die Unternehmen denn noch drehen, wenn sie KI vorantreiben wollen?

Demary: Um beim Thema Kompetenzen zu bleiben: Es ist sicherlich von Vorteil, attraktive Arbeitsbedingungen zu bieten. Abgesehen davon haben viele Unternehmen ihre eigenen Daten – die man ja braucht, um eine KI zu trainieren – noch gar nicht richtig im Griff. Es fehlt also eine Data Governance, es muss geklärt werden, wer zuständig ist und was man mit den



Foto: IW Medien

einzelnen Daten überhaupt anfangen darf. Kurz: Es braucht in einem ersten Schritt eine gute interne Datenorganisation. Diese kann man unter Umständen auch mit dem bereits vorhandenen Personal aufbauen.

Forschungsergebnisse zu KI münden in Deutschland laut KI-Monitor noch nicht ausreichend in Anwendungen, die von Unternehmen entwickelt wurden. Wie lässt sich das verbessern?

Demary: Die vorhandenen Kooperationen zwischen Forschung und Unternehmen könnten ausgebaut werden, indem man zum Beispiel Technologietransferbüros einrichtet, wie es sie an amerikanischen Universitäten oder in Israel gibt. Wenn es auf diesem Weg gelingt, Forschungsergebnisse schnell in die Praxis umzusetzen, profitiert davon auch wieder die KI-Forschung – es entsteht eine Win-win-Situation.

Was kann Deutschland noch von anderen Ländern lernen, wenn es

um die Förderung von künstlicher Intelligenz geht?

Demary: In China wird sehr viel Geld in die öffentliche KI-Forschung gesteckt. Was dieses Investitionsvolumen angeht, liegt Deutschland noch um einiges zurück. Aber es kommt eben auch darauf an, wie effizient das Geld eingesetzt wird. Da ist Deutschland in den vergangenen Jahren schon ein gutes Stück vorangekommen. So wurden im Rahmen der KI-Strategie der Bundesregierung inzwischen 100 KI-Professuren eingerichtet. Diese müssen jetzt alle zügig besetzt werden.

Die tollsten KI-Techniken nützen nichts, wenn die Gesellschaft sie ablehnt. Wie lässt sich das Vertrauen der Bundesbürger in die KI-Technologie noch vergrößern?

Goecke: Hier geht es sicherlich um die ethischen Aspekte von KI – und da geht der Blick wieder nach China. Ja, die Chinesen nehmen viel Geld in die Hand und sind damit erfolgreich, zum Beispiel bei der

KI-basierten Gesichtserkennung. Aber in Deutschland würde sicherlich niemand wollen, dass wir jetzt überall Kameras aufstellen und die anfallenden Daten unter Missachtung sämtlicher Grundrechte auswerten, nur um KI nach vorne zu bringen. Die europäischen Normen und Werte müssen gewahrt bleiben. Dazu gehört auch, dass die Daten in Europa gespeichert werden und europäischem Recht unterliegen.

Demary: Es geht auch um Kommunikation und Transparenz. Wir müssen offen darüber sprechen, in welchen Bereichen wir in Europa KI anwenden wollen und wo nicht. Wenn wir also nachvollziehbare Regeln aufstellen darüber, wo wir KI überhaupt nutzen wollen, fördert dies sicherlich die Akzeptanz in der Gesellschaft. Denkbar wäre auch ein Label für KI, die ethische Kriterien erfüllt. Die EU strebt bereits eine entsprechende, freiwillige Kennzeichnung an. Das wäre auch für KI-Anbieter eine unbürokratische Lösung.

Ökostrom boomt

Erneuerbare Energien. Wind, Sonne, Wasser und Biomasse sorgten im ersten Halbjahr 2020 erstmals dafür, dass fast die Hälfte des Stromverbrauchs in Deutschland durch grünen Strom abgedeckt wurde. Doch der steigende Anteil erneuerbarer Energien im Stromnetz bedeutet auch, dass höhere Transport- und Speicherkapazitäten benötigt werden. Und hier hat Deutschland erheblichen Nachholbedarf.

Viele Sonnentage und ein besonders windiger Februar haben im ersten Halbjahr 2020 dafür gesorgt, dass erstmals knapp die Hälfte des deutschen Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen wurde. Damit legte der Anteil

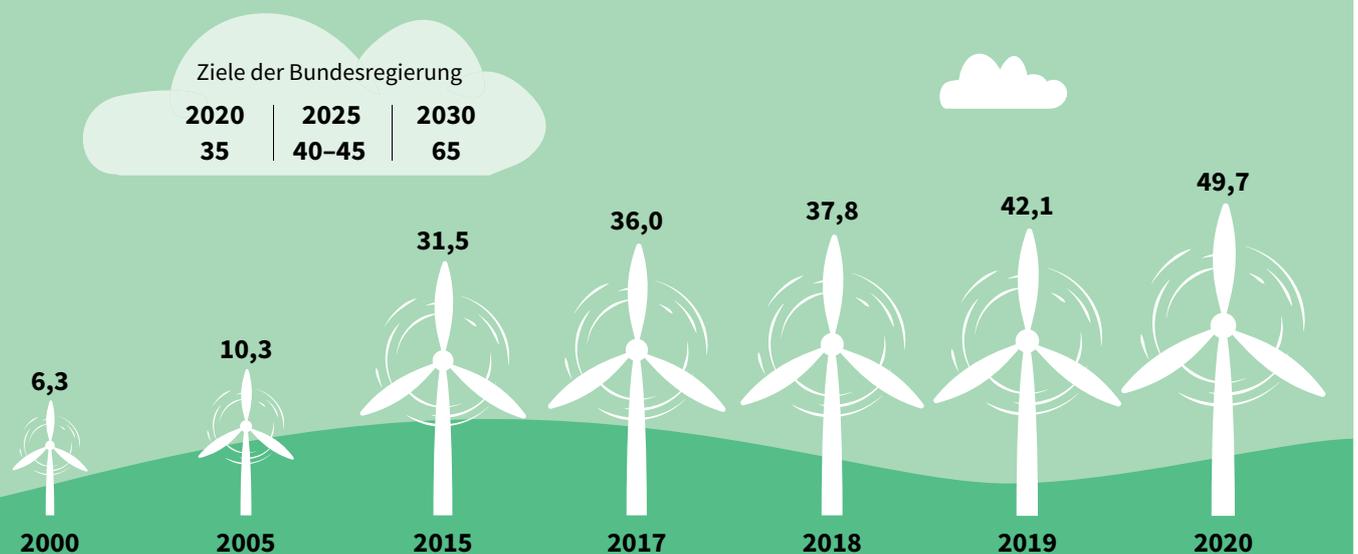
des Ökostroms zwischen Januar und Juni 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast 6 Prozentpunkte zu. Der Ausbau der Erneuerbaren zeigt also Wirkung – seit Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Jahr 2000 ist der Grünstromanteil

am Stromverbrauch kontinuierlich gestiegen (Grafik):

Bereits im Jahr 2019 wurde das Ziel der Bundesregierung erreicht, den Anteil der erneuerbaren Energien im deutschen Strommix auf 40 bis 45 Prozent im Jahr 2025

Strom wird immer grüner

Anteil von Strom aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch in Deutschland in Prozent



2020: erstes Halbjahr

Quellen: Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, Umweltbundesamt
© 2020 IW Medien / iwd

zu erhöhen – bis 2030 soll der Anteil auf 65 Prozent steigen.

Allerdings ist der Rekordanteil von Ökostrom in den vergangenen Monaten auch auf die Corona-Krise zurückzuführen: Vor allem die gesunkene Stromnachfrage der Industrie während des Lockdowns hat dazu geführt, dass zwischen März und Juni 2020 gut 15 Milliarden Kilowattstunden Strom weniger verbraucht wurden als im Vergleichszeitraum 2019. Doch auf die erneuerbaren Energien hatte dies kaum einen Effekt – zum einen wird der aus ihnen gewonnene Strom vorrangig ins Netz eingespeist, zum anderen sind die Erzeugungskosten für Ökostrom niedriger.

Die Stromerzeugung aus Kohle ging dagegen zuletzt deutlich zurück (Grafik):

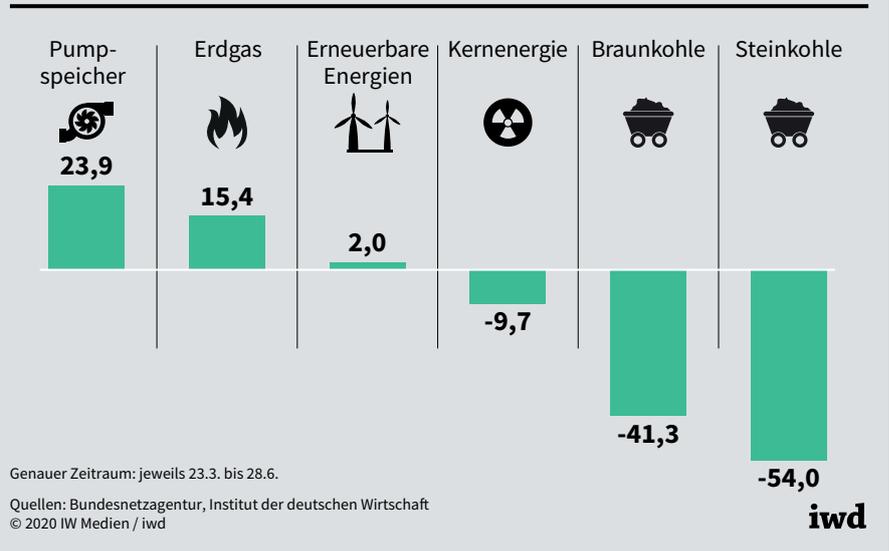
Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist die Stromerzeugung aus Braunkohle zwischen März und Juni 2020 um mehr als 40 Prozent eingebrochen, die Verstromung von Steinkohle sogar um gut 50 Prozent.

Schon im vergangenen Jahr war ein Rückgang der Stromerzeugung aus Kohle zu erkennen. Dies lag zum einen an dem steigenden Anteil der Erneuerbaren im deutschen Stromnetz, gleichzeitig wurden aber auch emissionsärmere Gaskraftwerke durch höhere Preise im europäischen Emissionshandel und gesunkene Weltmarktpreise zu einer günstigeren Alternative.

Die Corona-Krise führt nun also dazu, dass der Strommarkt mit hohen Anteilen erneuerbarer Energien zurechtkommen muss. Dies ist insofern interessant, als die Stromversorgung ganz im Sinne der Klimaschutzziele künftig ausschließlich mit grünem Strom sichergestellt werden soll. Welche Erkenntnisse lassen sich also aus den vergangenen Monaten gewinnen? Eine

Weniger Strom aus Kohle

Um so viel Prozent hat sich die Stromerzeugung aus diesen Energieträgern zwischen März und Juni 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verändert



Entwicklung ist hier besonders zu beachten:

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist die Nutzung von Pumpspeicherkraftwerken zwischen März und Juni 2020 um mehr als 20 Prozent gestiegen.

Durch den höheren Anteil an Ökostrom im Stromnetz werden also mehr Speicherkapazitäten gebraucht. Das erscheint logisch: Solar- und Windenergie unterliegen schließlich wetterabhängigen Schwankungen. Nur durch Speicher ist eine dauerhafte Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auch an wind- und sonnenarmen Tagen möglich – ohne die derzeit noch unverzichtbaren fossilen Kraftwerke. Der Ausbau erfolgt in Deutschland allerdings immer noch zu zögerlich: Pumpspeicherkraftwerke sind bislang die einzige Form, Energie im großen Maßstab zu speichern und kurzfristig zur Verfügung zu stellen.

Dennoch schreitet in vielen Sektoren die Umstellung auf strombasierte Technologien voran – zum Beispiel im Wärme- und Verkehrssektor. Auch die Herstellung von klima-

freundlichem Wasserstoff hängt unmittelbar von der Verfügbarkeit großer Mengen erneuerbaren Stroms ab. Sollte der Anteil an klimaneutralem Grünstrom im deutschen Netz also weiter zunehmen, muss der steigende Bedarf an Speicherkapazitäten stärker berücksichtigt werden.

Genauso wichtig ist der überregionale Ausbau der Transportkapazitäten, um Regionen, die viel Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen, mit Regionen zu verbinden, die diesen Strom verbrauchen.

All dies gilt umso mehr, als die Bundesregierung den Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien weiter ankurbeln will. Helfen sollen dabei die geplante EEG-Novelle und das im August 2020 beschlossene Innovationsbeschleunigungsgesetz des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Es soll Planungsverfahren vorantreiben, zum Beispiel beim Bau von Windenergieanlagen. Ansonsten wird es für die Bundesregierung trotz aller Fortschritte schwierig, das für 2030 angepeilte Ziel eines Grünstromanteils von 65 Prozent zu erreichen.

Zeit zu handeln



China. Lange Zeit war China aus europäischer Sicht vor allem ein wachsender Absatzmarkt und günstiger Produktionsstandort. Das ist noch immer so, doch inzwischen sind chinesische Unternehmen auch ernsthafte Konkurrenten – allerdings beruht dies auch auf zahlreichen Wettbewerbsverzerrungen. Da China offenbar nicht zu Reformen der Handelsbeziehungen unter dem Dach der WTO bereit ist, muss Europa selbst Druck machen – wie die USA, aber mit anderen Methoden.

Mit seiner Industriestrategie „Made in China 2025“ will das Reich der Mitte in für Deutschland wichtigen Schlüsseltechnologien aufholen, chinesische Unternehmen kaufen immer mehr deutsche auf (siehe iwd 16/2020) und kaum ein westliches Land kommt noch ohne chinesische Zulieferungen zurecht.

Wenn der zunehmende Konkurrenzdruck aus China auf einem fairen Wettbewerb beruhen würde – kein Problem, denn dann wäre es Aufgabe der anderen Länder, darauf mit entsprechenden Anstrengungen zu reagieren. Doch China agiert nicht fair – die Regierung in Peking setzt massiv auf wettbewerbsverzerrende Maßnahmen.

Dazu gehören unzulässige Subventionen und mächtige Staatsfirmen, ein teils illegaler Technologietransfer – zum Beispiel durch rechtswidriges Kopieren und erzwungene Kooperationen westlicher mit chinesischen Unternehmen – sowie ungleiche Marktzugangsbedingungen.

Die EU, die USA und auch Japan haben deshalb vorgeschlagen, unter dem Dach der Welthandelsorganisation (WTO) diese Wettbewerbsverzerrungen durch entsprechende Handelsreformen anzugehen. China

geriert sich zwar offiziell als Befürworter der WTO. Eine umfangreiche Reform der WTO-Regeln braucht jedoch den Konsens aller und gibt damit jedem Mitgliedsland die Möglichkeit, sein Veto einzulegen. Da sich China weiter querstellt, läuft in der WTO fast nichts.

Im Kontext der bilateralen Verhandlungen der EU und der USA mit China hat Peking zwar gewisse Zugeständnisse an ausländische Investoren gemacht. Doch diese sind nur vage und viele weitere Forderungen der EU bleiben unerfüllt. Folglich stellt sich die Frage, was die EU im

Alleingang tun kann, um den Druck auf China weiter zu erhöhen. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten:

Mehr WTO-Klagen. Um Chinas Wettbewerbsverzerrungen etwas entgegenzusetzen, sind theoretisch Klagen bei der WTO das Mittel der Wahl. Doch in der Praxis erweist sich das Regelwerk der WTO als recht lückenhaft. Drei Beispiele: Erstens gelten die Regeln für Schutzinstrumente wie Antisubventionsmaßnahmen nur für den Warenhandel, nicht aber für Dienstleistungen. Zweitens besteht zwar die Pflicht, Subventionen an die WTO zu melden, doch

Antidumping- und Antisubventionsverfahren: Zurückhaltende EU

So viele Verfahren wurden im Zeitraum 2013 bis 2018 angestrengt

■ Antidumpingverfahren ■ Antisubventionsverfahren



Antidumping- und Antisubventionsverfahren: Sie werden eingeleitet, wenn die Handelswaren eines Landes unter ihrem normalen Wert auf den Markt eines anderen Landes gebracht werden (Dumping) oder die Waren von der Regierung des Ausfuhrlandes unzulässig subventioniert werden

Quellen: Europäisches Parlament, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

China und andere Entwicklungs- und Schwellenländer kommen dieser Pflicht nur sporadisch nach – auch, weil es keine Sanktionsmöglichkeiten gibt. Und drittens besteht eine erhebliche Rechtslücke bei der Frage, was Subventionen durch Staatsunternehmen genau sind – zwar werden Subventionen an Staatsunternehmen erfasst, nicht aber jene Beihilfen, die von Staatsunternehmen vergeben werden.

Grundsätzlich kommt noch hinzu, dass es häufig sehr schwer ist, China einen Verstoß gegen WTO-Recht nachzuweisen. Das liegt zum einen an der Intransparenz des Landes und zum anderen daran, dass Chinas Gesetze zwar oft WTO-konform sein mögen, die bürokratische Praxis vor Ort aber zuweilen anders aussieht. Ohne unabhängige Gerichte lässt sich das freilich kaum ahnden.

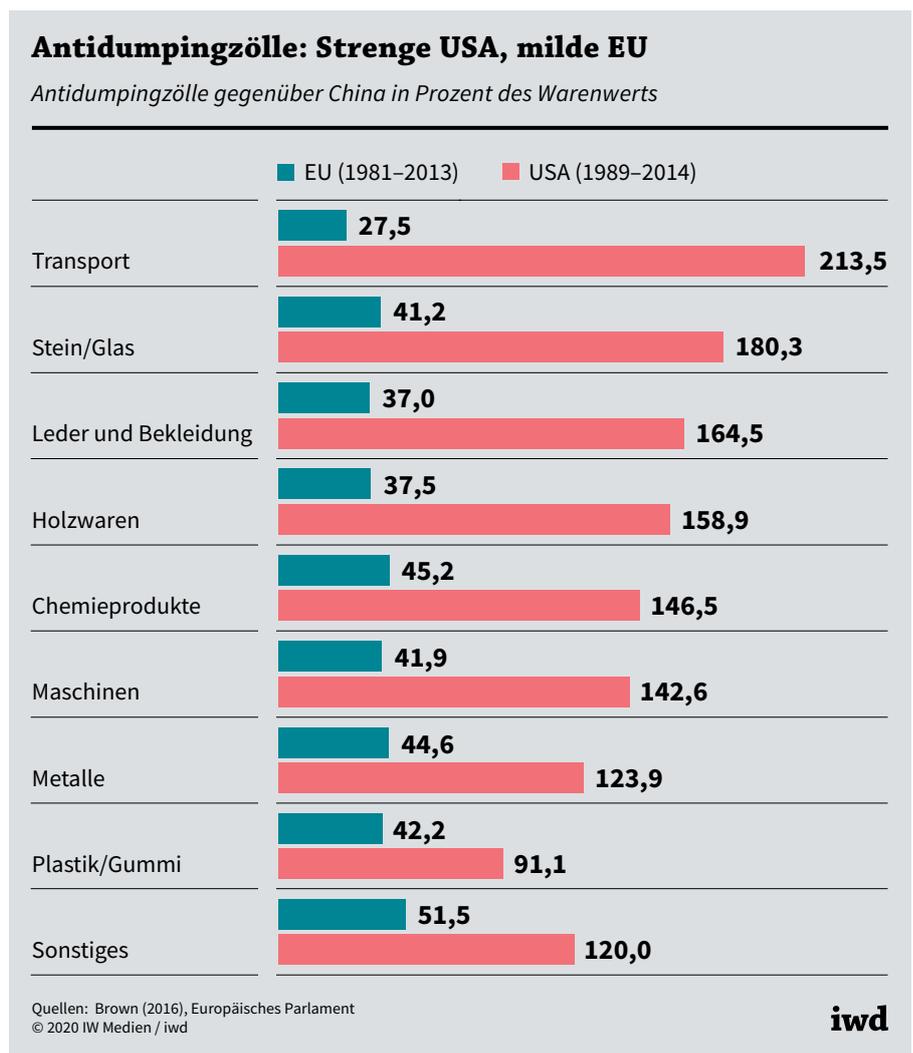
Gleichwohl täte die EU gut daran, wie die USA den Klageweg über die WTO stärker auszuschöpfen:

Stärkere Nutzung der verfügbaren Schutzinstrumente. Trotz der rechtlichen Lücken im Regelwerk der WTO lassen sich die bestehenden Instrumente intensiver nutzen. Denn ein Blick auf die Nutzung von Antidumping- und Antisubventionsverfahren zeigt, dass die EU hier eher zurückhaltend agiert, nicht nur gegenüber China (Grafik Seite 8):

Von 2013 bis 2018 hat die EU insgesamt 54 Antidumpingverfahren angestrengt – die USA waren mit 214 Verfahren im selben Zeitraum deutlich engagierter.

Bei Antisubventionsverfahren wird die Zurückhaltung der Europäer noch deutlicher: 13 EU-Klagen standen 117 vonseiten der USA gegenüber.

Ganz ähnlich verhält es sich mit Schutzzöllen (Grafik): In allen Warengruppen haben die USA in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich öfter und höhere Schutzzölle gegen-



über China verhängt als die EU. Gründe für die europäische Reserviertheit gibt es viele – einer der wichtigsten ist, dass vor allem kleine und mittlere Unternehmen nur selten einen Antrag auf solche Verfahren stellen, weil der administrative Aufwand für sie schlichtweg zu hoch ist (siehe Seite 10).

Erweiterung der Schutzinstrumente. Neben der intensiveren Nutzung bestehender Schutzmaßnahmen muss die EU ihren Instrumentenkasten ausbauen. Wichtige Ansatzpunkte dafür sind:

- die zügige Verabschiedung des IPI, das ist eine Initiative, mit der das öffentliche Auftragswesen der EU für geschlossene Drittstaaten wie China zeitweise schwerer zugänglich

gemacht werden kann – damit China seinen Markt stärker öffnet;

- ein wettbewerbspolitisch verankertes Instrument, mit dem Wettbewerbsverzerrungen durch chinesische Unternehmen in der EU eingedämmt werden können, falls diese Firmen mit künstlich niedrigen Preisen effiziente europäische Unternehmen vom Markt drängen;
- mehr Prüf- und Eingriffsmöglichkeiten bei Unternehmensübernahmen – auch, um den Abfluss von technologischem Know-how zu verhindern.

IW-Analysen Nr. 138
Jürgen Matthes: Die europäische Handelspolitik und China – Schritte zu einer neuen Balance mit fairem Wettbewerb
iwkoeln.de/china

Interview. Das Reich der Mitte nutzt die Lücken im Regelwerk der internationalen Handelspolitik mit vielen Subventionen und Staatsunternehmen. Warum die EU diesem Treiben mehr entgegensetzen muss und was Brüssel konkret tun kann, darüber sprach der iwd mit **Jürgen Matthes**, Leiter des Kompetenzfelds Internationale Wirtschaftsordnung und Konjunktur im Institut der deutschen Wirtschaft.



Foto: IW Medien



„China bewegt sich seit Jahren kaum noch“

Die USA geben sich im Handelsstreit mit China härter als die EU, sie verhängen zum Beispiel deutlich mehr und höhere Strafzölle. Warum ist die EU so zahm?

Die EU setzt traditionell auf Kooperation und Verhandlungen. Und sie hofft auch weiterhin, dass China einlenkt und seine Subventionspolitik und Wettbewerbsverzerrungen abbaut. Oder dass Peking zumindest neuen Handelsregeln zustimmt, die einen besseren Schutz europäischer Unternehmen ermöglichen.

China bewegt sich aber seit Jahren kaum. Daher sollte die EU signalisieren, dass ihre Geduld zu Ende ist. Und Brüssel sollte sich bei diesen Fragen noch stärker an die Seite der USA stellen. Ein neuer US-Präsident würde diesen Schritt sicherlich leichter machen.

Warum nutzen europäische Unternehmen die verfügbaren Antidumpinginstrumente so selten?

Die handelspolitischen Schutzinstrumente, die von der Welt-

handelsorganisation (WTO) erlaubt sind, ermöglichen Strafzölle auf Waren zu Dumpingpreisen oder auf unzulässig subventionierte Importe. Doch der bürokratische Aufwand ist hoch. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind damit oft überfordert.

Wie könnte die EU diese Unternehmen unterstützen?

Die EU könnte ihre Vorschriften zur Anwendung der Schutzinstrumente etwas lockern – Brüssel stellt teils höhere Anforderungen als die WTO. Außerdem sollte die EU für kleine und mittlere Betriebe die Beschwerdemöglichkeiten erleichtern, Fragebögen weiter abspecken und konkrete Unterstützung anbieten. Denn Schutzverfahren werden häufiger eingeleitet, wenn man Erfahrungen damit gesammelt hat.

Auch Schulungen für kleinere Branchenverbände sind sinnvoll, damit diese dann ihre Mitgliedsunternehmen besser informieren und weiterbilden können. Solche Schritte

sind wichtig, weil damit zu rechnen ist, dass chinesische Anbieter weiter aufholen und zu stärkeren Konkurrenzen auch für KMU in Europa werden.

Wenn die EU gegenüber China robuster auftritt, gefährdet sie dann nicht Arbeitsplätze in den deutschen Exportbranchen?

China könnte in der Tat Vergeltungsmaßnahmen ergreifen. Entsprechende Drohungen gab es bereits für den Fall, dass Huawei vom deutschen 5G-Netz ausgeschlossen würde. Allerdings sollte man die Abhängigkeit von China auch nicht überschätzen. An der Wertschöpfung, die in den deutschen Exporten nach China steckt, hingen im Jahr 2015 nach OECD-Angaben gerade einmal 2,3 Prozent der deutschen Arbeitsplätze. Und wenn Peking, wie angedroht, es deutschen Autofirmen in China schwer machen würde, gingen vor allen dort Jobs verloren, denn der Großteil des chinesischen Marktes wird ja durch Produktion vor Ort bedient.

Befristeter Kaufanreiz

Mehrwertsteuer. Um die wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns zu mildern, hat die Bundesregierung die Mehrwertsteuersätze vorübergehend gesenkt. Ziel ist eine spürbare Zunahme des Konsums. Sollte die Mehrwertsteuer deshalb dauerhaft reduziert werden?

Steuersenkungen sind in den vergangenen Jahren in Deutschland so gut wie nicht vorgekommen. Daher war es schon überraschend, dass die Regierung im Rahmen ihres Konjunkturpakets den regulären Mehrwertsteuersatz von 19 auf 16 Prozent und den ermäßigten Satz von 7 auf 5 Prozent gesenkt hat – befristet von Juli bis Dezember 2020. Ausschlaggebend ist dabei immer der Erhalt der Ware: Wer zum Beispiel heute ein Auto bestellt, das aber erst im Januar nächsten Jahres ausgeliefert wird, muss dann wieder 19 Prozent Mehrwertsteuer zahlen.

In der arg gebeutelten Gastronomie gelten besondere Regeln (Grafik). Für den Verkauf von Speisen sind bis Ende des Jahres nur 5 statt 19 Prozent Mehrwertsteuer fällig. Im ersten Halbjahr 2021 gilt dann der ermäßigte Satz von 7 Prozent, bevor ab Juli 2021 wieder die regulären 19 Prozent fällig werden.

Der Staat verzichtet durch den halbjährigen Steuerabbau auf Einnahmen von rund 20 Milliarden Euro – aber nur, wenn die Bundesbürger ihr Einkaufsverhalten nicht ändern. Genau darauf aber setzt die Politik: Wenn die Bundesbürger mehr einkaufen und größere Anschaffungen wie ein neues Auto vorziehen, dann wird es am Ende nicht so teuer. Denn mehr Umsatz bedeutet für den Finanzminister eben auch mehr Steuereinnahmen.

Inwieweit dieser Plan aufgeht, lässt sich abschließend erst nach dem Jahreswechsel beurteilen. Schließlich kommt noch das Weihnachtsgeschäft, auf das viele Händler traditionell setzen. Immerhin strömen bereits jetzt wieder mehr Menschen in die Innenstädte. Und:

Der Handelsverband Deutschland schätzt, dass die Steuersenkung im Einzelhandel aufs Jahr gerechnet zu 0,5 Prozent mehr Umsatz führt – das entspricht rund 4 Milliarden Euro.

In den Supermärkten dürfte die Steuersenkung allerdings wenig Wirkung erzielen, denn sie ist für die Kunden kaum spürbar – wer vorher für einen Einkauf 40 Euro bezahlt hat, spart nun knapp 75 Cent. Zudem werden ab

Anfang 2021 langlebige Produkte vermutlich weniger stark nachgefragt, wenn der Steuersatz wieder steigt.

Sollte die Senkung deshalb verlängert oder gar dauerhaft eingeführt werden? Dafür spricht, dass davon insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen profitieren würden, da Güter des täglichen Bedarfs von allen mehr oder weniger gleichermaßen gekauft werden.

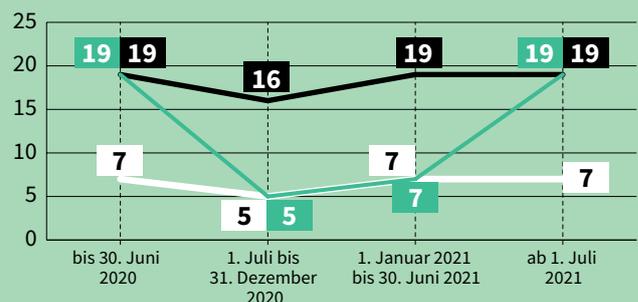
Doch diese Überlegungen lassen außer Acht, dass gerade die Befristung der Steuersenkung konjunkturpolitisch entscheidend ist – sonst gäbe es keinen Anreiz, einen Kauf vorzuziehen.

Auch wenn dauerhaft geringere Mehrwertsteuersätze für die Verbraucher eine gute Nachricht wären – sie würden den finanziellen Spielraum des Staates an anderer Stelle einschränken. Längst überfällige Steueränderungen wie die Abschaffung des Solidaritätszuschlags und der konsequente Ausgleich der kalten Progression (siehe iwd 36/2016) könnten dann auf der Strecke bleiben.

Mehrwertsteuersätze in der Krise

Deutschland, in Prozent

- Lebensmittel, Bücher und landwirtschaftliche Erzeugnisse
- Konsumgüter und Dienstleistungen
- Gastronomie



Gastronomie: nur Speisen

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

Fit für die digitale Zukunft

Berufsausbildung. Weil die Digitalisierung in den Unternehmen voranschreitet und die entsprechenden Kompetenzen für Fachkräfte immer wichtiger werden, setzen die Betriebe auch in der Berufsausbildung stark auf die Vermittlung digitalen Know-hows.

Die Corona-Pandemie hat das Thema Digitalisierung in den Unternehmen noch stärker als zuvor in den Fokus gerückt, vor allem mit Blick auf die Kommunikationswege. Schon seit längerem zeigt der Trend in Richtung digitale Vernetzung und autonome Fertigung – in der „Industrie 4.0“, aber auch in den Dienstleistungsunternehmen.

Um diesen beschleunigten Wandel der Arbeitswelt bewältigen zu können, sind die Unternehmen auf Mitarbeiter mit entsprechenden Kompetenzen angewiesen. Dies zeigt eine Befragung von knapp 800 auszubildenden Unternehmen durch die IW Consult im Rahmen des Projekts „Netzwerk Q 4.0“ (Grafik):

Rund 86 Prozent der Unternehmen halten es für wichtig, dass ihre Fachkräfte berufs- oder fachspezifische Software anwenden können.

Die große Mehrheit der Betriebe hält zudem die Fähigkeit, mit Kollegen und Kunden digital kommunizieren zu können, für besonders relevant. Auch die Recherche und Bewertung von im Internet verfügbaren Informationen sowie die kompetente Verwendung digitaler Lernmedien zählen zu den als wichtig erachteten Kompetenzen.

Angesichts der immer weiteren Verbreitung digitaler Technologien kümmern sich die Unternehmen auch darum, ihre Auszubildenden mit dem erforderlichen Know-how auszurüsten. Die Firmen geben dabei im Wesentlichen denselben Kompetenzen Priorität, die sie auch bei ihren Fachkräften als vorrangig erachten:

Die Fähigkeit, berufs- oder fachbezogene Software anwenden zu können, ist der wichtigste digitale Ausbildungsinhalt – 79 Prozent der Unternehmen vermitteln diesen intensiv oder sehr intensiv.

36 Prozent der Unternehmen haben sich bereits strategisch mit dem Thema Digitalisierung in der Ausbildung beschäftigt

Die digitale Kommunikation rangiert auch bei den Ausbildungsprioritäten der Betriebe auf Platz zwei. Grundlegende Programmierkenntnisse finden sich dagegen am Ende der Rangliste – solche Fähig-

keiten erwartet aber auch nur ein Fünftel der Unternehmen von ihren Fachkräften.

Kleinere Unterschiede zwischen der Relevanz bestimmter Kompetenzen für die Mitarbeiter und ihrer Berücksichtigung in der Ausbildung gibt es zum einen beim Thema Datenschutz und Datensicherheit. Es liegt in der Rangliste der digitalen Ausbildungsinhalte auf Position drei, bei der Relevanz für Fachkräfte dagegen auf Platz fünf. Möglicherweise spiegelt sich darin wider, dass die Unternehmen dieser Kompetenz eine wachsende Bedeutung beimessen. Ein Grund dürfte aber auch sein, dass die Auseinandersetzung mit dem Datenschutz in vielen Ausbildungsordnungen verankert ist.

Zum anderen wird die Fähigkeit, im Internet recherchieren und die Ergebnisse kompetent einordnen zu können, von den Unternehmen als relevanter erachtet, als es die Vermittlung in der Ausbildung nahelegt. Dies könnte daran liegen, dass die Betriebe bei diesem Thema eher die Berufsschulen in der Pflicht sehen.

Im Ausbildungsalltag vermitteln die Unternehmen bereits viele digitale Kompetenzen. Mit Blick auf die weitere Digitalisierung der

Wirtschaft müssen sich die Firmen jedoch auch darum kümmern, das Thema in der Ausbildung strategisch voranzutreiben, also gezielt zu überlegen, welche Inhalte in welcher Form künftig vermittelt werden sollten. Dies geschieht erfreulicherweise immer häufiger: Aktuell haben sich bereits 36 Prozent der Unternehmen auf strategischer Ebene damit beschäftigt, wie die Ausbildung

angesichts der Digitalisierung der Wirtschaft künftig aussehen sollte – im Jahr 2017 taten dies erst knapp 28 Prozent.

Eine Schlüsselrolle für die weitere Digitalisierung in der Berufsausbildung spielen die betrieblichen Ausbilder. Das Projekt „Netzwerk Q 4.0“ (netzwerkq40.de) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung stellt deshalb branchen- und regio-

nalspezifische Qualifizierungsangebote für Ausbilder bereit, um sie auf die neuen digitalen Anforderungen vorzubereiten.

IW-Kurzbericht 90/2020

Paula Risius, Susanne Seyda, Beate Placke, Regina Flake: Betriebliche Ausbildung – Gute Vorbereitung auf die digitale Zukunft
iwkoeln.de/ausbildung_digital

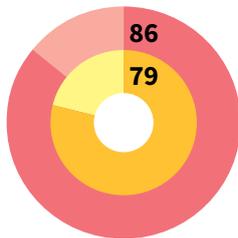
Digitale Kompetenzen sind wichtiger Ausbildungsinhalt

So viel Prozent der ausbildenden Unternehmen ...

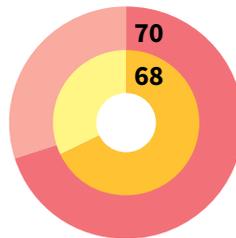
■ ... halten diese digitalen Kompetenzen bei ihren Fachkräften für wichtig oder sehr wichtig

■ ... vermitteln diese Kompetenzen während der Ausbildung intensiv oder sehr intensiv

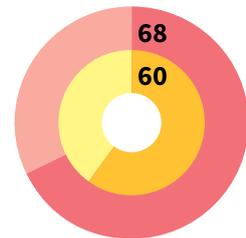
Berufs-/fachspezifische Software anwenden können



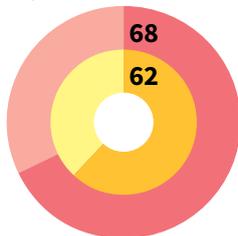
Mit Kollegen/Kunden digital kommunizieren können



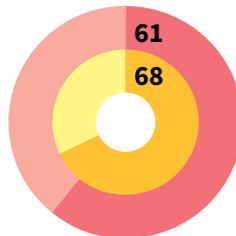
Im Internet recherchieren und Qualität bewerten können



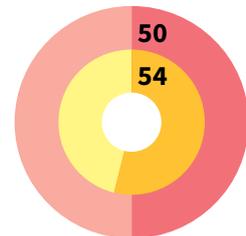
Digitale Medien für den eigenen Lernprozess nutzen können



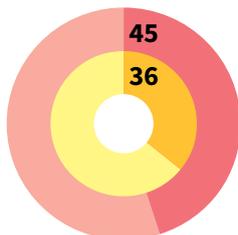
Kenntnisse zu Datensicherheit und Datenschutz



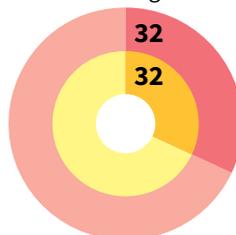
Digitale Tools zur Zusammenarbeit im Team nutzen können



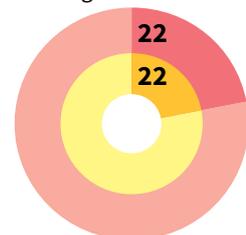
Digitale Anlagen/Maschinen bedienen können



Probleme bei digitalen Arbeitsmitteln selbstständig lösen können



Einfache digitale Programme/Anwendungen erstellen können



Befragung von 788 ausbildenden Unternehmen in Deutschland von März bis Mai 2020

Quelle: IW-Personalpanel
 © 2020 IW Medien / iwd

Finanzquellen anzapfen

Studium. Viele Studenten haben aufgrund der Pandemie finanzielle Probleme. Die Bundesregierung versucht zwar, Not leidenden Hochschülern mit Krediten und Zuschüssen zu helfen – langfristig müssen aber die Bafög-Regularien so geändert werden, dass junge Menschen ihr Studium solide finanzieren können.

Miete, Lebens- und Lernmittel sowie der Semesterbeitrag – das ist das Minimum dessen, was Studenten finanziell stemmen müssen. Hinzu kommen Ausgaben für Versicherungen, Bekleidung und Freizeitaktivitäten. All das kostet und wer keine gut verdienenden Eltern oder eigenes Vermögen hat, kann Bafög beantragen – so heißt die staatliche Unterstützung, die im Bundesausbildungsförderungsgesetz geregelt ist.

Doch während die Zahl der Studenten in Deutschland seit vielen Jahren steigt, gibt es immer weniger Bafög-Bezieher (Grafik Seite 15):

Im Jahr 2019 erhielten knapp 490.000 Studenten Bafög, fast 100.000 weniger als 2016.

Weil sich zugleich immer mehr Schulabsolventen für ein Studium entscheiden, verringert sich der Anteil der Bafög-Bezieher an allen Studenten sogar noch stärker:

Im Jahr 2013 erhielt jeder vierte Student in Deutschland Bafög, 2019 war es nur noch jeder sechste.

Ob es demnächst eine Trendumkehr gibt, bleibt abzuwarten: Im Jahr 2019 sind die Freibeträge für das Vermögen der Studenten sowie für das Elterneinkommen in einem ersten Schritt – zwei weitere folgen noch – erhöht worden. Ab dem Wintersemester 2020/21 beispielsweise dürfen Bafög-Bezieher 8.200 Euro eigenes Vermögen besitzen statt wie bisher 7.500 Euro.

Mit diesen Maßnahmen sollte der Kreis der empfangsberechtigten Hochschüler ausgeweitet werden: Bis zu 100.000 zusätzliche Bafög-Empfänger versprach sich der Bund von der Anhebung der Freibeträge.

Inzwischen hat die Corona-Krise die finanzielle Situation vieler Studenten allerdings weiter verschärft. Rund zwei Drittel der Studenten arbeiten neben dem Studium, doch aufgrund der Pandemie haben viele von ihnen ihren Job verloren oder erhalten weniger elterliche Unterstützung.

Die Bundesregierung hat deshalb eine Nothilfe für Studenten in finanziellen Schwierigkeiten bereitgestellt: Aus dem Etat des Bundesbildungsministeriums werden 100 Millionen Euro Überbrückungshilfe für jene Studenten zur Verfügung gestellt, die aufgrund von Corona in Geldnot sind. Betroffene erhalten zwischen 100 und 500 Euro monatlich für die Monate Juni bis September 2020. Dabei handelt es sich um einen nicht rückzahlbaren Zuschuss. Zwischen Juni und August wurden rund 200.000 Anträge auf Überbrückungshilfe gestellt, allerdings wurde nur etwa jeder zweite Antrag bewilligt, da entweder die akute Bedürftigkeit nicht durch die Corona-Krise entstanden ist oder weil der Antrag nicht korrekt ausgefüllt worden war (Grafik):

Pandemiebedingte Studienhilfen: Rege Nachfrage

bis zum 28. August 2020

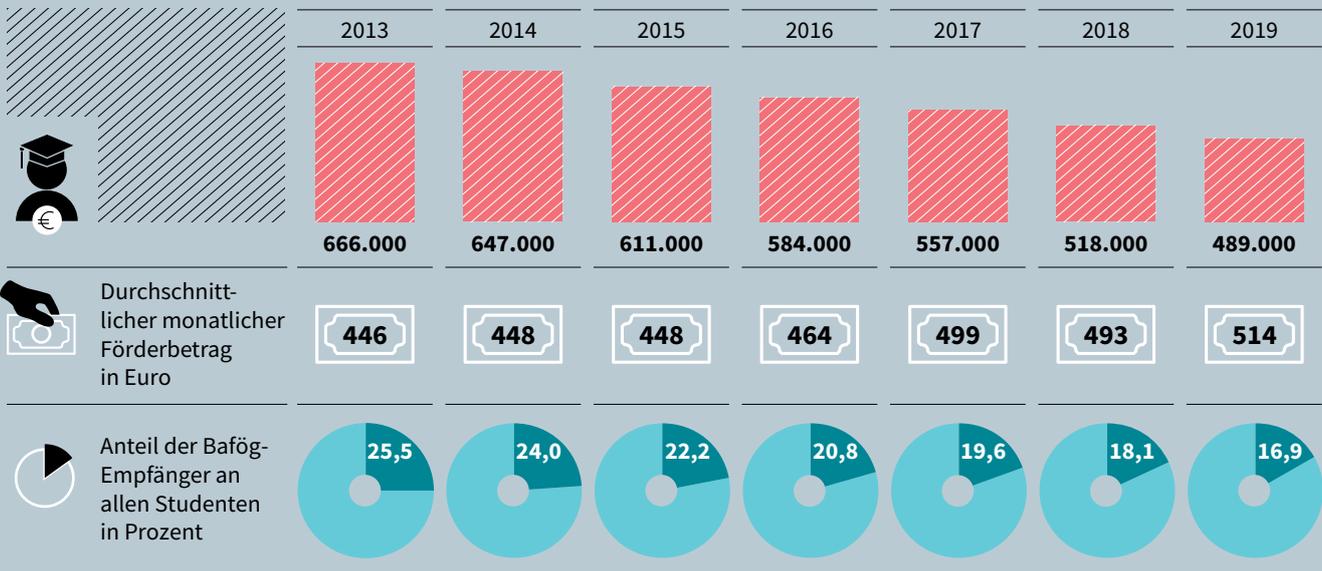
	KfW-Studienkredit	Überbrückungshilfe
 Zahl der Anträge	 26.406	 200.055
 Zahl der Zusagen	 17.604	 106.518
 Zahl der Ablehnungen	 3.663	 68.737
 Zugesagte Mittel in Euro insgesamt	520.853.886	45.879.000

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Bafög: Mehr Studenten, weniger Unterstützte

So viele Studenten in Deutschland erhielten Bafög



Quellen: Deutsches Studentenwerk, Statistisches Bundesamt
© 2020 IW Medien / iwd



Bis zum 28. August 2020 sind insgesamt rund 106.500 Anträge auf Überbrückungshilfe positiv beschieden worden, im Schnitt erhielten die Studenten 430 Euro monatlich.

Eine andere Art, wie sich das Studium in Pandemiezeiten finanzieren lässt, ist die Aufnahme eines KfW-Studienkredits. Der ist seit Anfang Mai 2020 zinsfrei und soll dies auch bis März 2021 bleiben, ausbezahlt werden monatlich 650 Euro. Bis Ende August 2020 haben rund 10.000 deutsche und mehr als 15.000 ausländische Studenten einen zinsfreien KfW-Studienkredit beantragt – zugesagt wurden bislang insgesamt knapp 18.000 Zahlungen.

Auch bei der Unterkunft können Studenten derzeit sparen – zumin-

dest dann, wenn sie einen der bundesweit knapp 200.000 Wohnplätze des Deutschen Studentenwerks ergattert haben. Denn wer in einem solchen Wohnheim wohnt, hat aktuell die Möglichkeit, die Mietzahlungen aufzuschieben.

Außerdem sollten Bafög-Bezieher, deren Eltern wegen der Pandemie ihren Job verloren haben oder in Kurzarbeit sind, einen Bafög-Aktualisierungsantrag stellen. Dort wird dann das aktuelle Einkommen der Eltern bei der Berechnung des Bafögs zugrunde gelegt – und nicht wie sonst üblich das des vorletzten Kalenderjahres.

Einige Bundesländer haben darüber hinaus beschlossen, wegen der Corona-Krise die Regelstudienzeit um ein Semester zu verlängern – das

heißt, dass das Bafög entsprechend länger gewährt wird. Eine solche Regelung gibt es für Studenten in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und wahrscheinlich auch bald in Hamburg.

All diese coronabedingten Maßnahmen helfen allerdings nicht, das Grundproblem der Studienfinanzierung zu lösen. So führen unter anderem Steuerfreibeträge dazu, dass Studenten aus einkommensstarken Haushalten fast genauso subventioniert werden wie solche aus einkommensschwächeren Schichten. Außerdem sollte der Bafög-Satz regelmäßig an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepasst werden.

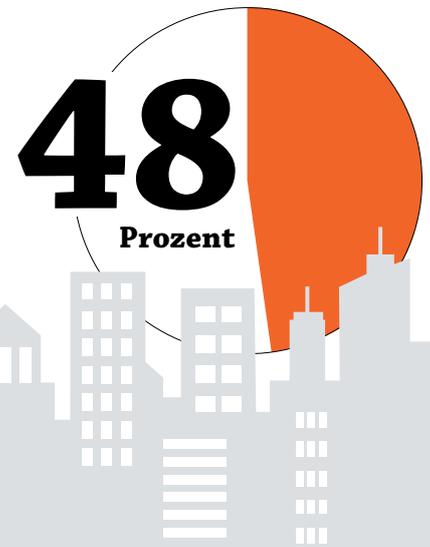
Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. - Präsident: Arndt Günter Kirchhoff - Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther - Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland - **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) - **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber - **Grafik:** IW Medien GmbH - **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de - **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich - **Aboservice:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de - **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln - **Telefon:** 0221 4981-0 - **Druck:** Henke GmbH, Brühl - Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de - Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche



Top-Liste: Der Preis des Fleisches

Konventionell produziertes Fleisch ist in Deutschland billig: 250 Gramm Rinderhackfleisch kosten mitunter nicht einmal 1,60 Euro, also weniger als zwei Standard-Briefmarken. Legt man noch 1 Euro drauf, reicht es sogar für ein Kilo frische Hähnchenschenkel. Dass bei diesen Preisen weder Tier- noch Menschenwohl angemessen berücksichtigt werden können, ist den Verbrauchern durch die jüngsten Skandale der Schlachtindustrie wieder in Erinnerung gerufen worden. Zwar liegen die Fleischpreise in Deutschland leicht über dem EU-Durchschnitt – allerdings sind die Verdienste andernorts oft viel niedriger. Betrachtet man nur jene Länder, in denen das Einkommensniveau ähnlich hoch ist wie in der Bundesrepublik, zahlen die Menschen dort für Schnitzel und Aufschnitt in der Regel deutlich mehr – in Österreich liegen die Fleischpreise sogar um fast 40 Prozent über dem deutschen Niveau.

Fleischpreise in der EU: Teures Würschtel

Preisniveau für Fleisch im Jahr 2019, EU-27 = 100

1. Österreich	145
2. Luxemburg	141
3. Frankreich	131
4. Niederlande	127
5. Belgien	125
6. Finnland	124
7. Dänemark	120
8. Italien	118
9. Schweden	115
10. Deutschland	106
...	
27. Rumänien	63

Fleisch: Rind-, Kalb-, Schweine-, Lamm-, Schaf- und Ziegenfleisch, Geflügel, genießbare Schlachtnebenerzeugnisse, Fleischdelikatessen und andere Fleischprodukte

Quelle: Eurostat

© 2020 IW Medien / iwd

iwd

aller Menschen leben in Großstädten oder dicht besiedelten Gebieten. Zu diesem Ergebnis kommt die OECD, die Großstädte als Regionen mit mindestens 50.000 Einwohnern definiert. Weitere 28 Prozent verbringen ihr Leben in Kleinstädten oder Gebieten mit mittlerer Bevölkerungsdichte, 24 Prozent sind in ländlichen Regionen zu Hause. In die Metropolen zieht es die Menschen schon seit Jahrzehnten: Lebten 1975 erst 1,5 Milliarden in Großstädten, sind es aktuell 3,5 Milliarden – 2050 dürften es 5 Milliarden sein. Auch wenn es vielen schwerfallen mag, dies zu glauben: Großstädter sind im Durchschnitt mit ihrem Leben zufriedener als Bewohner anderer Regionen. Die Gründe: In großen Städten werden oftmals höhere Einkommen erzielt, das Dienstleistungs- und Kulturangebot fällt üppiger aus und Stadtbewohner haben weniger gesundheitliche Probleme – obwohl die Luft dort meist schlechter und die Kriminalität höher ist. In Ländern mit einem Bruttoinlandsprodukt von mehr als 12.400 Dollar je Kopf ist übrigens der Anteil der Menschen, die in Metropolregionen leben, viermal höher als in Ländern mit niedrigem Einkommen.